

Stadtvertretungsmehrheit mahnt zu Transparenz und gegenseitigem Respekt

Nach Versuchen der nicht öffentlichen Klärung, verschiedenen Gesprächen sowie aufgrund der Erfahrungen aus der Arbeit in den Ausschüssen und der Stadtvertretung stellen die unterzeichnenden 11 von 17 Mitgliedern der Stadtvertretung Tönning – und damit die Mehrheit der gewählten Vertretung – fest, dass die Zusammenarbeit mit der Bürgermeisterin in ihrer Funktion als Leiterin der Verwaltung derzeit so beeinträchtigt ist, dass sie aus unserer Sicht nicht mehr den Anforderungen an eine funktionierende kommunale Selbstverwaltung entspricht.

Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, geprägt von Transparenz, frühzeitiger Information und gegenseitigem Respekt, ist Grundlage kommunalpolitischen Handelns. Diese Grundlage sehen wir derzeit nicht mehr ausreichend gewährleistet.

■ Fehlende Transparenz beim Stellenplan

Besonders deutlich wird das bestehende Problem aktuell im Umgang mit der rechtlichen Bewertung zum Stellenplan.

In der öffentlichen Berichterstattung wird auf eine Einschätzung des Amtes Eiderstedt verwiesen, wonach ein Vorschlag der Stadtvertretung rechtlich unzulässig sei. Eine entsprechende Stellungnahme wurde der Stadtvertretung jedoch bis heute nicht vorgelegt, obwohl diese bereits am 23. Februar angefordert wurde.

Damit entsteht erneut die Situation, dass sich die Verwaltungsleitung öffentlich auf Bewertungen beruft, die den zuständigen politischen Gremien selbst nicht zur Verfügung stehen.

Kürzlich hat das Amt Eiderstedt zudem mitgeteilt, dass dort kein weiterer Prüfauftrag vorlag. Damit wurde eine weitergehende Prüfung zwar in Aussicht gestellt, tatsächlich aber nicht veranlasst.

Im Sinne einer funktionierenden Zusammenarbeit erwarten wir, dass die Stadtvertretung als steuerndes Gremium vor der allgemeinen Öffentlichkeit informiert wird, um die anstehenden Prozesse fachlich fundiert begleiten und mitgestalten zu können.

■ Widersprüchliche Personalbewirtschaftung

Auch im Bereich der Personalbewirtschaftung zeigt sich aus unserer Sicht eine widersprüchliche Entwicklung: Während wiederholt auf personelle Engpässe hingewiesen wird, erfolgen Nachbesetzungen nicht durchgehend mit der gebotenen zeitlichen Konsequenz.

Zugleich wurden in den vergangenen Jahren zusätzliche Stellen geschaffen, ohne dass die bestehenden strukturellen Probleme nachhaltig gelöst werden konnten.

Seit rund zwei Jahren wird aus der Stadtvertretung heraus eine Aufgabengliederung für die Kernverwaltung als Grundlage für eine sachgerechte Stellenbemessung eingefordert. Eine entsprechende Übersicht liegt bis heute nicht vor.

Strukturelle Defizite, die über Jahre bestehen und sich nicht verbessern, können nicht einzelnen aktuellen Entscheidungen der Stadtvertretung zugeschrieben werden.

Die Mehrheit der Stadtvertretung akzeptiert daher nicht, dass diese seit Jahren bestehenden Probleme nun durch öffentliche Darstellung in einen unmittelbaren Zusammenhang mit aktuellen Beschlüssen gesetzt werden.

Umgang mit politischen Gremien

Zudem wird der Umgang mit Vertreterinnen und Vertretern der politischen Gremien in Teilen als nicht mehr angemessen und nicht mehr von der notwendigen gegenseitigen Wertschätzung geprägt wahrgenommen.

Wir stellen ausdrücklich klar: Diese Kritik richtet sich nicht gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Diese leisten unter schwierigen Rahmenbedingungen ihre Arbeit. Unsere Kritik richtet sich ausschließlich an die Verwaltungsleitung.

Vor diesem Hintergrund stellt die unterzeichnende Mehrheit der Stadtvertretung fest, dass das für eine konstruktive Zusammenarbeit erforderliche Vertrauen gegenüber der Bürgermeisterin in ihrer Funktion als Verwaltungsleitung derzeit nicht mehr gegeben ist.

Bereitschaft zum Dialog und verantwortungsvoller Übergang

Trotz dieser tiefgreifenden Differenzen betonen wir unsere ausdrückliche Bereitschaft zum sachorientierten Dialog. Im Interesse unserer Stadt sehen wir es als unsere Pflicht an, gesprächsbereit zu bleiben, um die anstehenden Aufgaben in einem professionellen Rahmen gemeinsam zu bewältigen.

Mit Blick auf die bevorstehende Wahl einer neuen Bürgermeisterin bzw. eines neuen Bürgermeisters am 6. September 2026 halten wir es für erforderlich, die verbleibende Zeit bis zum Amtswechsel verantwortungsvoll zu gestalten.

Wir erwarten, dass die Zusammenarbeit bis dahin stärker an den Grundsätzen von Transparenz, Zuverlässigkeit und frühzeitiger Einbindung der politischen Gremien ausgerichtet wird.

Gleichzeitig sehen wir es als geboten an, grundlegende organisatorische und personelle Entscheidungen nach Möglichkeit so zu gestalten, dass der zukünftigen Verwaltungsleitung der notwendige Gestaltungsspielraum erhalten bleibt.

Unterzeichnet von 11 Mitgliedern der Stadtvertretung Tönning

Jens Binder
Helge Harder
Rickmer Jensen
Maren Meyer-Kohlus
Liane Struve
Uwe Wrigge

Susanne Dethloff
Nina Jaber
Martin Klütze
Dieter Mölck
Hildegard Vogt-Kullmann

Diese Erklärung erfolgt ausschließlich in unserer Funktion als gewählte Mitglieder der Stadtvertretung und im Rahmen unseres kommunalpolitischen Mandats.